

TAIWAN BLEIBT BEIM ALTEN KURS - ZUM 11. PARTEITAG DER KUOMINTANG -

Yu-Hsi Nieh

Vom 12. bis 18. November hat die Kuomintang (KMT) in Taipei ihren 11. Parteitag abgehalten. In der Zeit seit dem 10. Parteitag, der vom 29. März bis zum 9. April 1969 stattgefunden hatte, hat sich um und in Taiwan viel ereignet: 1971 wurde die KMT-Regierung aus der UNO ausgeschlossen. Dies löste in einer Kettenreaktion den Abbruch diplomatischer Beziehungen mit etlichen Ländern aus. Vor seinem Austritt aus der UNO hatte Taiwan diplomatische Beziehungen zu über sechzig Staaten unterhalten, während Peking nur von etwas über vierzig Ländern anerkannt wurde. Jetzt unterhält Taiwan diplomatische Beziehungen nur noch mit 26 Staaten, Peking dagegen mit über 100. Als weiteres überaus wichtiges Ereignis folgte im letzten Jahr der Tod Chiang Kai-sheks, der die KMT und die KMT-Regierung fünfzig Jahre lang fast ununterbrochen geführt hatte. An die Machtübernahme seines Sohnes Chiang Ching-kuo wurden anfangs viele Spekulationen geknüpft. Denn Chiang junior war von 1925 bis 1937 rund zwölf Jahre lang in der Sowjetunion gewesen. Er hatte dort nicht nur studiert, gearbeitet und sich mit einer Russin verheiratet, sondern war auch in die Kommunistische Partei eingetreten. Obwohl er dem Kommunismus bereits nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion i.J. 1937 den Rücken gekehrt hatte, wollten und wollen viele die Möglichkeit nicht ausschließen, daß sich seine Regierung angesichts der Annäherung zwischen Washington und Peking an Moskau wenden oder daß er aus patriotischen Gründen mit Peking verhandeln könnte (1). Anderthalb Jahre seit der Machtübernahme zeigt es sich, daß Chiang jun. außenpolitisch den von Chiang sen. festgelegten Kurs beibehalten will. Nur in der Innenpolitik gibt es geringfügige Veränderungen im Führungsstil. Der neue Parteitag hat die Bindung an den alten Kurs abermals bestätigt.

Verhandlungen mit Peking abgelehnt

Fünf Tage vor der Eröffnung des 11. KMT-Parteitages hatte in der Weltöffentlichkeit das Gerücht von geheimen Direktverhandlungen zwischen Taipei und Peking kursiert. Die japanische Zeitung "Asahi Shimbun" hatte am 7.11.1976 geschrieben, drei Emissäre der nationalchinesischen Regierung hätten sich erst kürzlich in Peking aufgehalten und dort mit der kommunistischen Regierung über die Möglichkeit einer

Wiedervereinigung zwischen beiden Seiten gesprochen. Dieses Zusammentreffen sei dank amerikanischer Vermittlung zustande gekommen. An den Verhandlungen hätten sogar Kissinger und Chiang Ching-kuo gemeinsam - oder mindestens einer von beiden - teilgenommen.

Der "Asahi"-Korrespondent stützt sich in seinem Bericht auf "ausländische Quellen" in Peking sowie auf den Umstand, daß das chinesische Außenministerium eine entsprechende Rückfrage nicht rundheraus dementiert, sondern lediglich "zur Kenntnis genommen" habe. Außerdem weist er darauf hin, daß der amerikanische Senator Scott nach seiner Chinareise im Juli ds.Js. dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats berichtet habe, die VR China sei jederzeit zu Gesprächen mit Abgesandten Taiwans bereit. Er habe der amerikanischen Regierung empfohlen, in diesem Sinne auf die nationalchinesische Regierung einzuwirken.

Ferner weiß der in Peking akkreditierte japanische Journalist noch Einzelheiten über den Inhalt der Gespräche zu berichten. Es sei über eine Föderation gesprochen worden. Die Delegation aus Taiwan habe einen Drei-Punkte-Vorschlag vorgelegt, wonach erstens die gegenwärtige Führungsgarnitur der nationalchinesischen Regierung grundsätzlich beibehalten, zweitens eine Form der Autonomie für Taiwan anerkannt und drittens der Fortbestand der nationalchinesischen Streitkräfte im gegenwärtigen Umfang garantiert werden müßten. Peking habe daraufhin die Möglichkeit einer Einigung in den ersten beiden Punkten angedeutet, seine Zustimmung zur Aufrechterhaltung der Streitkräfte Taiwans jedoch ausgeschlossen (2).

Gerüchte über indirekte oder halboffizielle Kontakte zwischen Peking und Taiwan in Hong Kong waren in der Vergangenheit schon häufig aufgetaucht (3). Sie waren aber meist so unglaubwürdig, daß keine Seite dazu Stellung genommen hat. Richtig ist, daß Peking seit etwa 1955 von der "friedlichen Befreiung Taiwans" gesprochen hat, wobei es eine Lösung unter Gewaltanwendung aber nicht ausschließen wollte. Nach der Unterzeichnung des Shanghaier Kommuniqués zwischen Peking und Washington bei Nixons Chinabesuch im Februar 1972, in dem die ameri-

kanische Seite ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwanfrage durch die Chinesen selbst äußerte sowie - entsprechend der Entspannung der Lage - zunächst die Verminderung und letzten Endes den völligen Abzug der US-Streitkräfte aus Taiwan in Aussicht stellte (4), ist Pekings Friedenspolitik gegenüber Taiwan noch intensiviert worden. Vorstellbar ist auch, daß unparteiische Prominente oder führende Politiker von dritter Seite in Peking und Hong Kong, die bereits 1945-49 zwischen der KMT und der KPCh vermittelt hatten, ab und zu versucht haben könnten, die beiden feindlichen Brüder wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Sie sollen mindestens von Peking begrüßt worden sein. So hat der inzwischen verstorbene stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes, Fu Tso-yi, der 1947-49 als Oberkommandierender der Kuomintang-Armee in der Region Peking - Tientsin gegen die kommunistische Volksbefreiungsarmee gekämpft und schließlich die Waffen gestreckt hatte, am 28.2.1973 an seine alten Kameraden in Taiwan appelliert: "Die Vereinigung entspricht dem allgemeinen Zug der Zeit und dem gemeinsamen Wunsch des Volkes. Wir sind alle Chinesen. Warum können wir nicht für die geheiligte Sache einer Vereinigung des Vaterlandes miteinander sprechen?... Laßt uns zusammenkommen und miteinander reden - je schneller, desto besser!" Darüber hinaus fügte er noch hinzu: "Wenn Ihr nicht gleich ein formelles Gespräch führen könnt, dann schickt - offen oder geheim - einige Leute auf das Festland, die sich dort umsehen und Verwandte sowie Freunde besuchen können. Ihr könnt ganz sicher sein, daß die Regierung die Sache geheimhalten wird. Sie hält ihr Wort und garantiert, daß Ihr in Freiheit und Sicherheit kommen und gehen könnt." (5). Da die Rede in Peking öffentlich gehalten und dazu von den chinesischen Medien prononciert verbreitet wurde, muß sie als offizieller Standpunkt Pekings gelten.

Auffallend war auch die Hong-Kong-Reise eines anderen Mitglieds des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes, Chang Shih-chao, Ende Mai 1973. Chang war einer der Delegierten der KMT-Regierung bei den Friedensverhandlungen mit den Kommunisten im März 1949 in Peking gewesen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen war er in Peking geblieben. Am 25.5.1973 reiste er im Alter von 92 Jahren nach Hong Kong. Zweck der Reise war nach einer Meldung der amtlichen chinesischen Presseagentur NCNA der Besuch von Verwandten in Hong Kong. Dies kann aber kaum der einzige Zweck der Reise gewesen sein, denn die chinesische Regierung stellte Chang eine Sondermaschine und gab ihm mehrere Leute zur Begleitung mit. Am Tage vor der Abreise suchte der damalige Ministerpräsident Chou En-lai Chang auf. Zu seiner Verabschiedung waren auf dem Flughafen zahlreiche Prominente, wie Liao Ch'eng-chieh, Ch'iao Kuan-hua u.a. erschienen (6). All dies bot damals Anlaß zu Spekulationen über die Bemühungen Pekings um Geheimverhandlungen mit Taiwan. Doch kurz nach Changs Ankunft in Hong Kong wurde der alte Mann krank und starb dort am 1. Juli.

Die oben erwähnte Meldung der "Asahi Shimbun" ist bislang das erste Gerücht über Direktverhandlungen zwischen den beiden Seiten, und zwar auf hoher Ebene und sogar in der chinesischen Hauptstadt. Aus der ebenfalls erwähnten ausweichenden Antwort des chinesischen Außenministeriums auf die Rückfrage des japanischen Journalisten sowie aus den allgemeinen politischen Umständen läßt sich schließen, daß die von der "Asahi Shimbun" gemeldeten Punkte (Beibehaltung der jetzigen Führungsgarnitur der KMT-Regierung, Autonomie Taiwans und Reduzierung oder Auflösung der nationalchinesischen Armee) dem Standpunkt Pekings entsprechen - selbst wenn man annehmen will, daß die Meldung als solche aus der Luft gegriffen ist.

Taiwan hat bislang auf Pekings offene Angebote oder die in der Weltöffentlichkeit kursierenden Verhandlungsgerüchte meistens nicht reagiert. Die Meldung des "Asahi Shimbun" jedoch wurde prompt dementiert. Der Regierungssprecher in Taipei, Ting Mao-shih, bezeichnete sie als gegenstandslos. Nationalchinesische Kreise in Tokyo erklärten, die Führung in Peking habe die Zeitung Asahi Shimbun zum Instrument einer politischen Irreführung gemacht. Peking habe - so die halbamtliche Stelle Taiwans - dieses Täuschungsmanöver möglicherweise in die Wege geleitet, um die künftige Regierungsmannschaft des gewählten US-Präsidenten Jimmy Carter auf eine falsche Fährte zu locken. Damit habe man in Taiwan unmittelbar vor dem 11. Parteitag der KMT Verwirrung und Unsicherheit stiften wollen, um von den Schwierigkeiten im eigenen Hause abzulenken (7). Gegenüber einer Abgeordneterdelegation des US-Repräsentantenhauses antwortete Ministerpräsident Chiang Ching-kuo auf die gleiche Frage nochmals, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, irgendwelche Kontakte mit Peking aufzunehmen, geschweige denn eine Verhandlungsdelegation dorthin zu entsenden. "Das trifft auf die Vergangenheit zu, es trifft für heute zu, und es wird auch in Zukunft zutreffen", bekräftigte er (8).

Die kompromißlose Haltung Taiwans zeigte sich auch auf dem KMT-Parteitag. In seiner politischen Rede griff der KMT-Parteivorsitzende Chiang Ching-kuo am 13.11. die Entspannungspolitik in der Welt an, insbesondere die amerikanische Politik zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Peking. Er schwor, kein internationales Arrangement zu akzeptieren, das im Widerspruch zu der Politik seiner Regierung stünde und niemals einer vorläufigen Sicherung der Existenz des Landes aufgrund von Zusagen oder Garantien anderer zuzustimmen (9). Dagegen rief er nach wie vor zur Rückeroberung des chinesischen Festlandes auf. Er sagte, er betrachte seine Wiederwahl zum Parteivorsitzenden als die Erteilung eines Kampfgebots (10). Ein "Aktionsprogramm zum Sturz des Kommunismus und zur Wiederherstellung des Staates" wurde von dem Parteitag verabschiedet (11). All diese Äußerungen erscheinen uns wie Rufe im nächtlichen Wald, mit denen man die Angst vertreiben will. In der Deklaration des Parteitags stehen z.B. auch solche Sätze wie "Es gibt heute nur eine Frage des chinesischen Festlandes und keine 'Taiwanfrage'" (12). In

der erwähnten politischen Rede Chiangs wird behauptet, daß der Bestand von Demokratie und Freiheit auf der ganzen Welt und für die ganze Menschheit erst dann gewährleistet sei, wenn beide - die Republik China (Taiwan) und die USA - ihre Pflicht zur Erhaltung von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit erfüllen (13).

II. Wenig Erneuerung in der Führung

Wenn auch - wie gesagt - Chiang Ching-kuo grundsätzlich auch in der Innenpolitik den Richtlinien seines Vaters folgt, so besteht doch im Regierungsstil ein sichtbarer Unterschied. Chiang sen. war ein geheimnisumwitterter und unnahbarer Herrscher, während der Junior sich eher demagogisch gibt: Er ist häufig unterwegs. Er plaudert mit den Arbeitern in den Fabriken, mit den Bauern auf dem Acker, mit Studenten und Schülern in den Hörsälen. Er ißt an Imbißbuden und kauft Eis an der Straße. In den Zeitungen gibt es fast täglich Berichte und Photos über solche Szenen.

Ein weiterer Unterschied zu seinem Vater besteht darin, daß Chiang jun. mehr für die Erneuerung des Führungsapparates getan hat. Unter seiner Regierung hat man nicht nur mehr jüngere Kräfte, sondern auch mehr Einheimische in die Führungsmannschaft aufgenommen, d.h. Leute, die selbst oder deren Vorfahren sich bereits vor 1945 (dem Jahr der Rückgliederung Taiwans an China) in Taiwan angesiedelt hatten. Unter Chiang jun. wurde zum ersten Mal - 1972 - ein Einheimischer, Hsieh Tung-min, zum Gouverneur der Provinz Taiwan ernannt. Auch in die drei "eingefrorenen" Häuser des Parlaments (die Nationalversammlung sowie den Gesetzgebenden und den Kontroll-Yüan) sind neue Abgeordnete eingezogen. In Chiang Ching-kuos Kabinett sind immerhin der stellvertretende Ministerpräsident, zwei der acht Minister und drei der sieben Minister ohne Portefeuille Taiwanesen. Diese teilweise "Verjüngung und Taiwanisierung" wurde auch in der Parteiführung vorgenommen: Unter den vom 11. Parteitag gewählten 130 ZK-Mitgliedern befinden sich 48, im Ständigen Komitee des ZK drei Neulinge. Von insgesamt 22 Mitgliedern dieses höchsten Führungsorgans sind vier Taiwanesen. Ferner wurden sechs der zehn Abteilungsleiter des ZK inzwischen erneuert, und vier von den zehn sind junge Taiwanesen. Man schätzt, daß die Bevölkerung der Insel zu rund 85% aus Taiwanesen besteht. Von den mehr als 1 568 000 KMT-Parteimitgliedern sind 55,18% Taiwanesen (14). Ihr Anteil an der Regierungs- und Parteiführung dagegen beläuft sich z.Zt. auf nur rd. 20%. Noch vor fünf Jahren hielten die Leute vom Festland fast alle Schlüsselposten in der Führung besetzt.

In den ersten Jahren nach seinem Amtsantritt 1972 hatte Chiang jun. eine gewisse Liberalisierung eingeleitet, aber dieser Trend ist seit einem Jahr wieder rückläufig. Eine kritische Zeitschrift "Taiwan Cheng-lun" (engl. Titel "Taiwan Political Review"), die man anfangs gegenüber dem Ausland gern als eine Art Schaufenster der Pressefreiheit in Taiwan gezeigt hatte, wurde Ende 1975 zunächst für ein Jahr verboten, und kürzlich hat die Behörde die Erscheinungslizenz für immer zurückgezogen (15). Drei Oppositionelle, die in dem Wahlkampf zu den letzten Wahlen der "zusätzlichen Abgeordneten" für die drei Häuser des Parlaments die Regierungspolitik sowie auch Chiang Ching-kuo persönlich angegriffen hatten, wurden nach

den Wahlen unter dem Vorwurf, Versuche zum Umsturz der Regierung unternommen zu haben, verhaftet und vom Militärgericht des Hauptquartiers der Garnison von Taiwan zu langjährigen bzw. sogar lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. Vor dem Parteitag hatte man nochmals dreizehn Dissidenten festgenommen, weil sie angeblich zur Zeit des KMT-Parteitages eine Tagung der Oppositionellen hatten veranstalten wollen. Sieben von ihnen bekamen kurz nach dem KMT-Parteitag wegen politischer Verschwörung Zuchthausstrafen von sieben bis fünfzehn Jahren (16).

Zu einem Bericht von "Amnesty International" vom Oktober 1976, in dem Taiwan beschuldigt wurde, die Menschenrechte verletzt und politisch Andersdenkende verhaftet zu haben, erklärte Ministerpräsident Chiang Ching-kuo am 9. November beim Empfang der amerikanischen Abgeordneten-Delegation: "Die Republik China ist ein demokratischer Staat und ein Rechtsstaat. Alle Maßnahmen zur Gewährleistung der Staatssicherheit und der Interessen der Bevölkerung entsprechen den Gesetzen". Dabei wird Taiwan seit 1949 ständig nach dem Notstandsgesetz regiert. Politische Prozesse werden auch immer vor dem Militärgerichtshof durchgeführt. Folterungsfälle - schon in normalen Strafuntersuchungen - werden gelegentlich von der Presse gemeldet.

- 1) Dazu vgl. Yu-Hsi Nieh, "Taiwan nach Chiang Kai-sheks Tod", C.a. Mai 1975, S.226ff.
- 2) Zur Übertragung der Meldung von "Asahi Shimbun" in deutschsprachigen Zeitungen s. SZ 8.u.9.11.76 und FAZ 9.11.76
- 3) Dazu s. Lewis Gilbert, "Peking and Taipei", CQ No.15, 1963, S.56ff.; Peter P.C.Cheng, "The Formosa Tangle: A Formosan's View", Asian Survey 11, 1967, S.791ff.; Helmut Martin, "Ein überlegter Zug, und das ganze Spiel ist verloren" - Peking und Washingtons Schachspiel um Taiwan", C.a. März 1973, S.78ff.
- 4) Zum Text des Kommuniqués in deutscher Sprache s. PRu 1972, Nr.9 (7.3.72)
- 5) Text der Rede Fus in JMJP 1.3.73, engl. Übersetzung in NCNA 1.3.73, gekürzte Übersetzung ins Deutsche in PRu 1973, Nr.10
- 6) NCNA 25.5.1973
- 7) SZ 9.11.76
- 8) CJ 10.11.76
- 9) CJ 14.11.76
- 10) CJ 17.11.76
- 11) CJ 19.11.76
- 12) ebenda
- 13) Anm.9
- 14) Zu den Zahlen der Parteimitglieder s. CSh 18.11.76
- 15) Vgl. C.a. Januar 1976, S.852 Ü45 u. November 1976, S.591, Ü 54
- 16) s. Ü 59 in diesem Heft

* * * * *